

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Die wichtigste Aussage im Video betrifft die Transparenz des Beteiligungsverfahrens. Für politisch Unerfahrene (und nicht nur für sie) ist Verwaltungshandeln meist eine Black Box. Umso wichtiger ist es, dass die Verwaltung alle Planungsfortschritte und ihre Gründe für die Ablehnung von Vorschlägen transparent macht. Auch den weiteren Aussagen im Video können wir zustimmen, wobei das Ziel, alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ am Prozess zu beteiligen, mit sehr großem Aufwand verbunden ist und wohl eine Idealvorstellung bleiben wird.

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

Wir wollen den Beirat und die Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung stärken – durch eine Überarbeitung des Leitfadens für Bürgerbeteiligung sowie durch die Implementierung des „Rostocker Modells“ für Bürgerbeteiligung in der Verwaltung. Erfolgversprechende Formate wie das Studio Südstadt sollten auch in anderen Stadtteilen den dort Lebenden die Möglichkeit geben, ihr Wohnumfeld mitzugestalten. Bewährt haben sich auch Runde Tische (Sommerstraße Am Brink, Fahrradstraße Lange Straße). Die Hafenerweiterung fordert uns heraus, eine breite Debatte in der Stadtgesellschaft über Chancen und Risiken zu organisieren. Und ganz allgemein müssen wir vor allem in den Stadtteilen des Nordwestens und Nordostens noch mehr Menschen für Kommunalpolitik begeistern und für Beteiligungsformate gewinnen.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Hier stößt ehrenamtliches Engagement in der Bürgerschaft an seine Grenzen, denn Verwaltungshandeln wird auch in Zukunft niemals jenen Grad an Transparenz erreichen, der es ermöglichen würde, die Umsetzung der Ergebnisse von Beteiligungsverfahren wirksam zu kontrollieren. Zumal Abgeordnete und sachkundige Einwohner*innen i.d.R. viele Themen zu bearbeiten haben. Hier braucht es Vertrauen in eine neue Beteiligungs-

kultur in der Verwaltung. Vielleicht wäre es sinnvoll, in regelmäßigen Abständen (vielleicht alle 2 Jahre) Erfahrungen zusammenzutragen, Bilanz zu ziehen und konstruktive Kritik zu üben. Der Beirat für Bürgerbeteiligung wäre ein Ort hierfür.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Nachdem wir die Aufgaben für Politik und Verwaltung skizziert haben, wünschen wir uns aber auch von den Bürger*innen ein stärkeres Interesse für kommunalpolitische Diskussionen, Engagement in Gremien aller Art und vor allem Respekt gegenüber jenen, die Politik im Ehrenamt betreiben.

Mit dem Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz hat das Land die Beteiligungsrechte für Kinder- und Jugendliche auf kommunaler Ebene deutlich gestärkt. Demnach sind Kommunen aufgefordert, geeignete Beteiligungsgremien zu ermöglichen und diesen Anhörungs-, Rede- und Antragsrechte in der Gemeindevertretung und den Ausschüssen zu gewähren. Diese Anforderungen unterstützen wir ausdrücklich. Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates wurde beispielsweise schon vor Inkrafttreten des Landesgesetz im Juni letzten Jahres von der Bürgerschaft beschlossen.

Nun gilt es darauf zu achten, dass der zukünftige Beirat breit aufgestellt und so angebunden wird, dass er die jeweiligen Beteiligungsrechte tatsächlich ausüben kann. Mit Unterstützung des Stadtjugendrings arbeitet eine Initiativgruppe gerade selbstorganisiert daran, diesen Beirat ins Leben zu rufen. Ein erster Satzungsentwurf wurde uns im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Auch diesen Prozess unterstützen wir aktiv, in dem wir uns in die Erarbeitung der "Leitlinien Kinder- und Jugendbeteiligung Rostock" einbringen. Wichtig und gleichzeitig sehr herausfordernd wird es u.a. sein, sowohl die üblichen Verwaltungsabläufe als auch die Funktionslogik von Ausschüsse mit der Arbeitsweise von Kindern und Jugendlichen zu harmonisieren. Der Beirat wird längerfristig nur erfolgreich sein können, wenn deren Mitglieder alle notwendigen Informationen und Abläufe verstehen und wenn ihnen der Spaß am ehrenamtlichen Engagement durch ein motivierendes Miteinander mit Verwaltung und Politik erhalten bleibt.

Über den Beirat hinaus braucht es zukünftig natürlich noch weitere Beteiligungsformate, da sich nicht jedes Kind/ jede*r Jugendliche*r in einem Gremium engagieren kann oder möchte. Für diese Formate gilt das gleiche, wie für die Beteiligung Erwachsener: Auch die jungen Menschen müssen frühzeitig an sie betreffenden Vorhaben beteiligt werden, die Formate und vermittelten Informationen müssen jugendgerecht gestaltet sein und es muss sichergestellt sein, dass mit den daraus erzielten Ergebnissen auch gearbeitet wird. Dabei sind transparente Verfahrensabläufe ein wesentlicher Gelingensfaktor.

Um Kinder- und Jugendbeteiligung nicht als eine „Sonderaufgabe“ erscheinen zu lassen, halten wir es für sinnvoll, sie perspektivisch mit den Maßnahmen zur Bürger*innenbeteiligung zusammenzuführen. Dabei ist zu beachten, dass die Belange junger Menschen nicht hinter denen anderer Einwohner*innen zurückstehen müssen, z.B. aufgrund von zahlenmäßiger Überlegenheit älterer Bevölkerungsgruppen. Um dem Rechnung zu tragen, wäre es denkbar, die Beteiligung junger Menschen regelmäßig den allgemeinen Beteiligungsverfahren vorzuschalten, um deren Ergebnisse direkt dort einfließen zu lassen.